

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 19347.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insertate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Februar. (Privatelegramm.) Die (in unserer heutigen Morgen-Ausgabe wieder-gegebene) Mittheilung der „Kreuzzeitung“ über eine die Socialdemokratie betreffende Unter-redung des Kaisers mit Baumbach auf dem parlamentarischen Diner bei dem Reichskanzler v. Caprivi ist, wie wir bestimmt versichern können, unrichtig.

Berlin, 5. Februar. (Privatelegramm.) Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt: Von der Candidatur Bennigens zur Landtagserfah-wahl in Göttingen sei Abstand genommen worden.

— Die Verhandlung gegen den Hector Ahl-warde wegen Verteidigung zahlreicher Personen findet am 16. Februar statt.

— Der Geschäftsführer der deutschen Turnvereine, Dr. Goeh in Lindenau, ist gestorben.

Berlin, 5. Februar. (W. L.) Die Sperrre über den hiesigen Centralviehhof ist vom Polizei-präsidium endgültig aufgehoben worden.

Stockholm, 5. Februar. (W. L.) Die Schriftstellerin Emile Flygare-Carlén ist in dieser Nacht gestorben.

Emilie Smith war am 8. August 1807 geboren, verheirathete sich 1827 mit dem Arzt Flygare, der 1833 starb, und dann 1839 mit dem Schriftsteller Gabriel Carlén. 1838 begann sie ihre schriftstellerische Laufbahn mit dem Roman „Waldemar Klein“, der ein ungewöhnliches Talent behundet und großen Beifall fand. Nun folgten jedes Jahr ein oder zwei Romane, die einen großen Leserkreis in ihrem Vaterlande, wie im Auslande, namentlich in Deutschland fanden. Die deutsche Übersetzung derselben, welche in der 2. Auflage 1869/70 erschien, umfasste 96 Bände. Alle ihre Romane spielen in Schweden; eine treffende Schilderung der Natur- und des Volkslebens ihrer Heimat in allen seinen Schichten bildet den Hauptvorgang ihrer Romane.

Moskow, 5. Februar. (W. L.) Der hiesige Gerichtshof hat das Urtheil in Sachen der Ein-schaltung des Papstes zum Universalerben seitens der Marquise Plessis Cumié dahin gefällt, daß der Papst ungeachtet der Vorgänge von 1870 Gouverän sei und als solcher in Frankreich erben könne.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Februar.

Zum Volksschulgesetz

wird uns von unserem Berliner Correspon-denten unter dem gestrigen Datum geschrieben: In einem gewissen Zusammenhang mit dem Schluß des Schulgesetzes standen heute die Erörterungen über die Vorgänge auf dem gestrigen Kaiserdiner bei dem Grafen Caprivi. Im allgemeinen schienen die Theilnehmer an dem Diner die Parole, Ueinegeweihten gegenüber zu schweigen, streng zu befolgen. Aber sie und da scheint doch der Wunsch, politischen Gegnern, wie man zu sagen pflegt, eins auszuwischen, zu Indiscretionen Anlaß gegeben zu haben, die ohne Zweifel demnächst in der clericalen Presse ihren Wiederhall finden werden. Was das Volksschulgesetz betrifft, so scheinen die Hoffnungen auf der einen, die Befürchtungen auf der anderen Seite, daß der Gedächtnis-Entwurf keine Aussicht auf Durch-führung habe, im zunehmenden begriffen zu sein, wie schon daraus hervorgeht, daß die „Kreuztg.“ die Hebe gegen die Gegner heute mit erneuten Kräften aufnimmt; ob mit besserem Erfolge als bisher, bleibt abzuwarten. Im Centrum ist nach den ausschweifenden Hoffnungen der ersten Tage eine gewisse Ernüchterung eingetreten, die demnächst auch in der Öffentlichkeit hervortreten wird, um die Widerstandskraft der be-treffenden Kreise zu stärken. Man hat offenbar die Schwierigkeiten, welche sich einem Volksschulgesetz à la Graf Zedlitz entgegenstellen und die Neigung der Regierung, ihre Politik in die Hände einer conservativ-clericalen Mehrheit zu legen, unterdrückt. Auf der gegnerischen Seite wird man gleichwohl gutthun, sich durch diese Aufforderungen des Misvergnügens nicht in falsche Sicherheit wiegen zu lassen. Der Ausgang des Kampfes wird ganz gewiß nicht von heute auf morgen entschieden.

In der Frage der Privatschulen soll, wie der „Schles. Ztg.“ von sonst gut unterrichteter Seite aus Berlin geschrieben wird, das Ministerium bereit sein, den Mittelparteien erhebliche Zuge-ständnisse zu machen. Bestätigung bleibt abzu-warten.

Der clericalen „Röhl. Volkstg.“ wird aus Berlin geschrieben:

„Wenn man den Kaiser neuerdings wieder den Wunsch hegen läßt, das Gesetz möglichst mit allen Parteien zu Stande gebracht zu sehen, so weiß man nicht, was man sagt. Das Centrum kann nun und nimmer einer Umgestaltung zustimmen, wie die Nationalliberalen sie wollen. Auch die Conservativen würden sich lächerlich machen, wenn sie vor den Nationalliberalen zu Kreuze kriechen wollten. Eben so wenig kann die Regierung den Rückzug mit Ehren anstreben.“

Der Artikel kommt im übrigen zu dem Schluss, daß „selbst dann, wenn die Nationalliberalen kalt gestellt würden, noch nicht alles zwischen Centrum und Conservativen glatt von statthaften ginge. Über-dies hat das Centrum noch Forderungen geltend gemacht, die über den Takturz hinausgehen.“

Also einstweilen noch Unklarheit und Unsicherheit überall!*

Aus Baden wird uns geschrieben: In keinem außerpreeußischen Theil des Reiches hat das Volksschulgesetz (und die Verhandlungen über dasselbe) so große Erregung unter Liberalen erzeugt, als bei uns in Baden. Unsere National-liberalen erkennen nun erst allzu klar, welchen Schaden das Cartell dem Liberalismus zugefügt hat, wie selbstmörderisch die preußischen National-liberalen gewesen, als sie den Conservativen so viele Sitze im Landtag erkämpfen halfen. Jählt man das Verhalten des von nationalliberaler Gnade in den Reichstag gebrachten Abg. Menzer und die Befürchtung, daß Geh. Rath v. Brauer trotz des Dementis der „Kreuztg.“ als Erfolgsmann für Turban im Präsidium des Ministeriums gilt, hinzu, so ist es begreiflich, daß man schlimme Neuferungen zu hören bekommt. Die Reue kommt zwar spät, doch noch nicht ganz zu spät, indem eine Regung des wahren Liberalismus mindestens ein conservatives Ministerium noch zu verhindern vermag.

Schwarze und Rothe.

In einer Erörterung der Debatte über den Cultusetat in dem bairischen Abgeordnetenhaus und der Mithilfe der bairischen Patrioten bei dieser Gelegenheit bemerkte heute die „Nordd. Allg. Ztg.“, der Eindruck der Klagen der Ultra-montanen über die Universitätsfrage sei ein um so schlechterer gewesen, als die ultramontane Presse (in Bayern nämlich) in der letzten Zeit die Hebe gegen mischliebige Reformen mit besonderer Virtuosität betrieben und die gebildeten Kreise ohnehin in eine gewisse Erregung versetzt hatte. Das Blatt fährt dann fort:

„Wer aber mit Wahrscheinlichkeit behaupten kann, daß die Freiheit der „Wissenschaft“ bedroht sei, dem stimmen der Lande der Denker siets Vertheidiger zu und die liberale Partei mühte sehr schlafig gewesen sein, wenn sie die Gelegenheit nicht benutzt hätte, um eine imposante Kundgebung gegen die Wortschäfer der Ultramontanen zu veranstalten, welche ein gewisses Censureamt über die gesamten geistigen Bestrebungen jenseits zu schreiben möchten. Hiermit ist Bayern, trotz aller Wandlung der Parteien und Politik, beinahe wieder bei dem alten Gegenjahr der „Schwarzen“ und der „Roten“ angelangt. Es wäre zu wünschen, daß dieser Gegensatz nicht weiter sich verschärft und daß nicht etwa wieder die Zeit komme, da — nach einer gesiegelten Note des Ministers v. Hegenberg-Dug — selbst ein ewiger Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Drehkrankheit der Schafe vom politischen Partei-standpunkt aus behandelt wird.“

Dah die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Absicht habe, mit diesen Bemerkungen den Grafen v. Caprivi darauf aufmerksam zu machen, daß er durch Statuirung des Gegenseitiges von christlich und atheistisch die Scheidung des preußischen Volkes in „Schwarze“ und „Rothe“ herbeiführe, ist nicht anzunehmen. Es wäre aber zu wünschen, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Maßstab, den sie bei der Beurtheilung der Ultramontanen in Bayern anlegt, auch auf die preußischen Verhältnisse und insbesondere das Volksschulgesetz des Grafen Zedlitz anlegen möchte.

Aus den Parlamenten.

Nehmt uns alle Freiheiten, aber lasst uns die Verkehrs freiheit, sie wird uns alle wieder gewinnen.“ Man könnte wohl einen Preis aussetzen, für den, der zu errathen im Stande wäre, wer der Urheber dieses Ausspruches ist. Der gestrige Parlamentsbericht gibt die Antwort; es war Staatssekretär v. Stephan, der mit diesen schönen Worten seinen Vortrag im Reichstage über den am 1. Juli in Kraft tretenden neuen Weltpostvertrag schloß und der bei aller Bescheidenheit der Darlegung der Bedeutung dieses Vertrags und dem Umfange des gegenwärtigen Weltpostverkehrs ein Loblied auf den Urheber dieser bedeutsamen Schöpfung sang, nämlich auf sich selbst — ein Lob, dem sich auf Aufforderung des Abg. Dr. Buhl das Haus anschloß, in der Hoffnung, daß Herrn v. Stephan auch die Krönung des Gebäudes, die Ausführung weitergehender Pläne gelingen werde. Bei der Fortsetzung der Berathung des Reichsjustizamts beschäftigte sich der Reichstag alsdann mit einem anderen großen Werke, dem bürgerlichen Gesetzbuch, dessen Entwurf — das Ergebnis 14jähriger Arbeiten — zur Zeit der Revision durch die im Reichsjustizamt unter Vorsitz des Staatssekretärs Bosse tagenden Sachverständigen-Commission unterliegt. Dem Wunsch, daß die Arbeit der Commission beschleunigt werden möge, trat Staatssekretär v. Bosse, der die Beendigung der Berathung für das Jahr 1894 in Aussicht stelle, mit durchschlagenden Gründen entgegen, dem sich zwei Mitglieder der Commission, der freisinnige Abg. Goldschmidt und der nationalliberale Abg. v. Cuny angeschlossen.

Im Abgeordnetenhaus gab inzwischen die Elatsberathung Gelegenheit zu allerlei Excursen. Beim Elat der Lotterieverwaltung vertröstete Minister Miquel die nach einer weiteren Ver-mehrung der Lose der preußischen Staatslotterie Dürstenden bis zum nächsten Jahre, bis wohin sich die Wirkung des Verbotes des Privat-handels mit Loosen und der Verkleinerung der Lose übersehen lassen werde. Beim Elat des Ministeriums des Innern verlangte der Pole v. Garlinski, der Clericale Herr v. Schalscha und der Conservative v. Oppen eine Erweiterung der Verfügung von 1890 betreffend die Zulassung polnischer Arbeiter; namentlich im Sinne der Be-sitztung der Schranken für die Zulassung von Arbeiterfamilien. Minister Herrfurth aber hielt daran fest, daß die dreijährige Probezeit abgewartet werden müsse.

So gehen die parlamentarischen Arbeiten unter

mehr oder minder schlechter Besetzung der Bänke ihren Gang, aber das politische Interesse bewegt sich fortgesetzt fast ausschließlich auf dem Gebiete des Volksschulgesetzes.

Enthüllungen über revolutionäre Pläne.

Im Anschluß an die jüngsten Verhaftungen von Socialdemokraten in Berlin stellt die „Kreuz-Zeitung“, die natürlich alle Fäden in der Hand hat, für die nächste Zeit einige Enthüllungen über die revolutionären Pläne der Berliner „Radikal-en“, d. h. der „Jungen“ in Aussicht. Diese fühlen sich angeblich gegenüber der tragen Thatenlosigkeit der socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verpflichtet, „nun auch selbst zu „Thaten“ zu schreiten“. Zu dem sei die nach Aufhebung des Socialistengesetzes aufgehobene geheime Organisation der Partei durch die „Jungen“ wiederhergestellt. Wem will die „Kreuztg.“ mit solchen Enthüllungen Angst machen?

Die österreichische Börsensteuer.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte gestern der Finanzminister Steinbach, er stehe dem Gesetzentwurf betreffend die Börsensteuer nicht ablehnend gegenüber; er verwarf sich jedoch auf das entschiedenste gegen die Auffassung, als ob die Börsensteuer ein Misstrauensvotum gegenüber der Börse sei. Der freie Markt sei für die Creditwirtschaft und Staatswirtschaft von großer Bedeutung. Ueber die Frage der gleichzeitigen Einführung der Börsensteuer in Ungarn sei auch mit der ungarischen Regierung verhandelt worden. Die ungarische Regierung habe, da die Modalitäten der Börsenarrangements nicht geregelt seien, die Initiative nicht ergreifen können. Es schwanken indessen gegenwärtig Verhandlungen wegen Schaffung eines Institutes nach dem Muster des Wiener Börsenkassenvereins. Er sei zur Erklärung ermächtigt, daß, sobald die Börsensteuer in Österreich beschlossen und durchgeführt sei, eine gleiche Steuer auch in Ungarn beantragt werden würde. Hierauf wurde das Börsensteuergesetz in der Specialdebatte mit geringfügigen Änderungen angenommen, desgleichen das Gesetz betreffend die Entrichtung von Stempelgebühren auf ausländische Actien, Renten und Schuldverschreibungen.

Die Staatshilfe in dem russischen Notstands-gebiete.

Nach offiziellen Mittheilungen des russischen Ministeriums des Innern beträgt die bis zum 1. (13.) Januar von der russischen Regierung für die Notstands-Provinzen direct aufgewendete Summe bereits 72 890 500 Rubel. Sieben Gouvernements haben Unterstützungen empfangen. Die bedeutendste Summe, 8 Millionen Rubel, ist aus Saratow entfallen; Samara hat 7 400 000 erhalten. Die beiden anderen Wolga-Gouvernements Kasan und Simbirsk sind mit 6 600 000 resp. 6 000 000 bedacht worden. Nach ihnen folgen Tambow, Nijschni-Nongorod, Penja und Orenburg mit 5 700 000 bis 5 000 000. Wjatka mit 4 264 000, Perm mit 4 000 000. Die übrigen Gouvernements haben zwischen 4 und 1 Million erhalten. Diese bedeutenden Summen genügen aber, wie es in der Mittheilung des Ministeriums heißt, noch keineswegs dem Bedürfnisse, und es sind weitere Aufwendungen unvermeidlich. Nach dem mäßigsten Schätzungen sind zur Erhaltung der verarmten Bevölkerung in den sieben Provinzen monatlich etwa 10 Millionen蒲d Getreide nötig, für die kommenden sechs Monate also 60 Millionen. Die Menge des zum Bestellen der Felder vorzuhaltenden Saatkorns berechnet der Minister auf 40 Millionen. 100 Millionen蒲d Getreide sind also in jedem Falle erforderlich; kaum die Hälfte davon ist bisher vorhanden. Man berechnet, daß mindestens noch 58 Millionen蒲d anzukaufen und zu verteilen sein werden. Die Regierung spricht die Erwartung aus, daß diese Kundgebung die Aufregung des Publikums beruhigen und den verschiedenen Schreckensnachrichten aus den Notstandsdistrikten den Boden rouben werde.

Die „Now. Wr.“ constatirt inzwischen mit großer Genugthuung, daß die Getreidepreise allmählich überall zu fallen beginnen und zwar in Folge des Umstandes, daß die Getreideversorgung der Notstandsgebiete geordnet geworden und daß man Syndicate von Landschaftsexperten gebildet habe, wie z. B. in Rostow am Don, wodurch natürlich das Concurriren beträchtlich beschränkt werde, serner weil die Versorgung schon so weit fortgeschritten, daß die Nachfrage immer geringer werde. Auch beginnen die Leute, die im Besitz großer Vorräthe sind und auf Preisesteigerungen hoffen, nunmehr nachzugeben in der Furcht, daß sie ihre immerhin nicht billig beschafften Hornmassen am Ende auf Lager behalten müssten. Mit in Betracht aber kommt ferner der Umstand, daß die Zeit guter Winterwege bald vorüber sei und daß man dann Wochen hindurch nicht daran denken könne, die Vorräthe in Geld umzusetzen, während später bei Beginn des Wasserverkehrs starke Preisschwankungen voraussehen seien.

Ehönigin Natalie von Serbien scheint, nachdem sie von der Influenza genesen ist, wieder Neigung zu haben, nach Belgrad zurückzukehren. Wie die „A. Z.“ aus Belgrad meldet, verläutet dort, die Königin habe in Biaritj jüngst eine von zahlreichen, zum Theil hervorragenden Mitgliedern der liberalen und der Fortschrittspartei ausgegangene Aufforderung zur Rückkehr nach Belgrad erhalten. Sie sei darin fortdauernder Ergebnis versichert und ihr ein begeisterter Empfang in Aussicht gestellt worden. Die Ehönigin habe noch nicht geantwortet.

Kriegsschiffs-Neubauten in England.

Nach einer kürzlich abgegebenen Erklärung des Finanz-Sekretärs der englischen Admiralität sind in den letzten 6 Jahren von 1888 bis jetzt folgende neue Schiffe für die englische Flotte fertiggestellt: 22 Schlachtschiffe, 31 schnelle Kreuzer und 59 Fahrzeuge (Torpedobootsjäger u. s. w.), im ganzen 112 Schiffe u. s. w. auschl. Torpedoboote. Von jetzt bis 1894 werden noch fertig: 10 Schlachtschiffe, darunter die 8 größten vorhandenen, 29 schnelle Kreuzer und 13 Fahrzeuge, zusammen 52 Schiffe u. s. w. In der Zeit von 8 Jahren wird die englische Flotte demnach vermehrt um: 32 Schlachtschiffe, 60 schnelle Kreuzer und 72 Fahrzeuge oder um 164 Schiffe u. s. w.

Die französisch-bulgarischen Beziehungen scheinen noch immer nicht völlig ungekrüzt zu sein. Eine Meldung der „Agence de Constantinopel“ zu folge gab bei der Entgegennahme der letzten Note des bulgarischen Ministers des Auswärtigen, Grekov, in der Chadourne-Angelegenheit der französische Vertreter Lancl mündlich die Erklärung ab, er nehme die Beziehungen wieder auf, ohne sich darüber auszupreden, ob Frankreich den Inhalt der bulgarischen Note annehme. Inzwischen überreichte aber der französische Botschafter Cambon der Pforte eine vom 1. Februar datirte Note, in welcher erklärt wird, die französische Regierung erachte auf Grund der Unterredung ihres Botschafters mit dem Großvize vom 22. Januar den Zwischenfall nunmehr für geschlossen, ohne in eine Erörterung des in der bulgarischen Note aufgestellten Principes einzulassen, um nicht wieder auf die Angelegenheit zurückzugreifen. Es wird versichert, die Pforte werde unter Betonung des Standpunktes, daß das in der bulgarischen Note aufgestellte Prinzip auch das ihre sei und daß sie dasselbe aufrecht-erhalte, erwider, daß sie die Mitteilung zur Kenntniß nehme. Ferner verlautet von guter Seite, die bulgarische Regierung wolle sich mit den in der französischen Note enthaltenen Vorbehalten nicht zufrieden geben, sondern erklären, daß ihre Note, da dieselbe das Resultat eines zwischen allen Parteien erzielten Compromises sei, ohne jeden Vorbehalt formell angenommen werden müsse; anderenfalls könnte die Frage jeden Augenblick wieder aufgenommen werden.

Rämpfe in Tongking.

Die Franzosen können ihres Lebens in Tongking noch immer nicht recht froh werden. Die Landplage der Piraterie scheint unausrottbar zu sein. Immer neue Rämpfe gegen die Räuberhorde sind nötig. Die neusten Nachrichten aus Shanghai berichten, daß jüngst die Piraten durch französische Truppen unter dem Oberst Terrillon angegriffen wurden. Nach langem, heftigem Kampfe und mit nicht unbeträchtlichen Verlusten auf beiden Seiten wurden die Piraten in die Flucht geschlagen. — Wie lange wird es dauern, bis sie anderswo von neuem auftauchen? Und dann geht das Blut-vergießen von neuem los.

Zu den letzten Wirren in China

wird aus San Francisco vom 3. Februar nach chinesischen Berichten aus Hongkong mitgetheilt: Ein am 4. Januar erlassenes kaiserliches Decret verhängt die Niederlage der Rebellen an verschiedenen Punkten des nördlichen Chinas, an der Grenze der Mandchurie. Der Hauptherd der Revolution wurde am 31. Dezember erstürmt. Die Reiterei verfolgte die Rebellen, tödte 300 und erbeutete eine Menge Kanonen. In Hain-Yang-Kao ergingen die Rebellen die Flucht, als die Reitertruppen das Feuer eröffneten. In Wang-Fau wurden zwei Rebellenführer getötet, über 1000 Aufständische erbarmungslos niedergemacht. Ein zweites Decret vom 7. Januar meldet, der Aufstand in Chao-Yang wurde zwischen dem 9. und dem 26. Dezember unterdrückt; die Rebellen wurden in sechs Schlachten besiegt, Kion-Tse, die Hauptweste der Rebellen, erstürmt, 300 derselben mit ihrem Befehlshaber gefangen genommen, eine große Menge Waffen und Munition erbeutet.

Nach Meldungen aus Peking, die neuerdings in Paris eingetroffen sind, waren alle im Verlaufe der letzten Ereignisse durch ihre feindselige oder zweifelhafte Haltung bloßgestellten Mandarinen abgesetzt worden. Die chinesische Regierung regele fast alle seitens der geschädigten Fremden aufgestellten Forderungen auf Entschädigung.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung vom 4. Februar.

Abg. Cremer (cons.): Im Gegenteil, der Staat muss zugreifen, wo er auf anständige Art Geld verdienen kann. Die Veranstaltung von Lotterien ist nicht schlimmer, als der Handel mit Staatssechsen und der Betrieb von Eisenbahnen.

Abg. Pleß (Centr.): Bei dieser Frage muss man sich doch nicht von finanziellem Standpunkte, sondern von dem der Moral leiten lassen. Aus Gründen der Sittlichkeit muss man aber gegen eine Vermehrung der Lotterielose stimmen.

Abg. Lieber (Centr.): Man kann nicht jedes Spiel als unstiftlich bezeichnen. Unter den Vorsichtsmäzen regeln, welche die Staatslotterieverwaltung anwendet, um die Spielleidenschaft einzudämmen, namentlich nach Erlass des vorjährigen Gesetzes, kann man der Lotterieverwaltung das Recht nicht entziehen, durch Vermehrung der Lotte ihre Wirkung voll auszüüten.

Finanzminister Miguel: Man kann das Bedürfnis nach einer Vermehrung der Lotte noch nicht übersehen, weil erst Erfahrungen über die Wirkung des vorjährigen Gesetzes zu machen sind. Die Initiative zu einer Vermehrung muss man der Regierung überlassen. Der radikale ethische Standpunkt führt überhaupt zum Verbot jeder Lotterie. Da ein solcher Zustand nicht durchführbar ist, so wird eine angemessene Verhinderung der Lotte notwendig sein. Wir werden darüber aber im nächsten Jahre uns unterhalten können.

Der Staat wird darauf bewilligt; ebenso debattetlos die Staats der Seehandlung und Münzverwaltung.

Staatschuldenverwaltung, der allgemeinen Finanzverwaltung, des Staatsministeriums.

Bei dem Etat der Generalordnungscommission empfiehlt Abg. v. Meyer-Arnswalde (wildconf.) eine häufigere Decoration der Schulen.

Bei dem Etat des Ministeriums des Innern wünscht Abg. v. Garlinski (P.) eine Ausdehnung der Zulassung polnischer Arbeiter in den Ostprovinzen und bringt neuerliche Fälle von Ausweisungen von Preußen vollständig acclimatisierten Polen zur Sprache, die sich politisch nach keiner Richtung mischlig gemacht hatten.

Minister Herrfurth gibt zu, dass nur 8100 polnische und galizische Arbeiter zugelassen seien gegenüber einer Zahl von 18000 Sachsen. Indessen ist der Arbeitermangel auf dem Lande schon in weitem Umfang befehligt. Ein Bedürfnis, weiter zu gehen, ist bis jetzt nicht vorhanden, man muss erst weitere Erfahrungen abwarten. Die Bevölkerung betreffend die Ausweisungen erklärt der Minister untersuchen zu wollen. Läßige Ausländer müssen ausgewiesen werden.

Abg. v. Schalsha (Centr.) behauptet, dass die Verordnung über die Zulassung fremder Arbeiter bis jetzt keine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeigeführt habe. Es ist nötig, dass nicht bloß unverheirathete Leute, sondern auch Familien zugelassen werden, und das nicht wegen jeder Alleinigkeit eine Ausweisung erfolgt.

Minister Herrfurth: Die Ansicht, dass die Zulassung polnischer Arbeiter keine Besserung zur Folge gehabt habe, steht in Widerspruch mit den amtlichen Berichten und mit der Anerkennung des Abg. v. Garlinski. Man kann doch nicht verlangen, dass die Regierung geradezu eine Organisation der polnischen Einwanderung herbeiführe.

Abg. v. Oppen (cons.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Schalsha an. Der Arbeitermangel habe noch immer nicht nachgelassen.

Beim Kap.: Landräthliche Behörden und Ämter tritt Abg. v. Meyer-Arnswalde (wildconf.) für eine bessere Besoldung der Landräthe ein, die mit Arbeiten belastet sind, aber die schlechteste Besoldung haben. Man ging von der Aktion aus, dass die Landräthe noch die alten angefessenen Beamten sind. Das waren selbstständige Männer. Jetzt ist die Selbstständigkeit der Landräthe verloren gegangen, sie sind jetzt mehr oder weniger Greber.

Minister Herrfurth: Dass die Landräthe am meisten mit Arbeit belastet und am schlechtesten besoldet sind, gebe ich zu; ich will wünschen, dass der nächste Etat die Mittel zur Abhilfe bietet. Es ist zur Entlastung der Landräthe gerade in den letzten Jahren manches geschehen. Die Landräthe haben jetzt fast jeden einen Hilfsarbeiter und die Dienstaufwandsentschädigungen sind erheblich erhöht worden.

Nachdem der Etat des Ministeriums des Innern bewilligt ist, verlängert das Haus die Etatsberatung auf Freitag.

Reichstag.

163. Sitzung vom 4. Februar.

In dritter Beratung werden die Declaration betreffend die theilweise Verlängerung des Handelsvertrags mit Spanien und der zweite Nachtrag zum Etat für 1891/92 definitiv ohne Debatte genehmigt, worauf das Haus in die erste und event. zweite Beratung des Weltpostvertrags nebst den fünf dazu gehörigen Überkommen eintritt.

Staatssekretär v. Stephan: Mit dem Hinzutritt Australiens ist jetzt auf dem ganzen Erdenturf die Verkehrs freiheit der Staaten unter einander unter denselben Bedingungen hergestellt. Die Firma "Weltpostverein" oder "Union postale universelle" konnten wir erst 1878 dem Verein geben, als der Congress zu Paris den Beitritt von Ländern mit insgesamt 400 Mill. Einwohnern zu den 350 Mill. Einwohnern ergab, welche der Verein 1878 beim Abschluss des Berliner Vertrages gezählt hatte. Jetzt umfasst der Verein 96 Mill. Quadratkilometer mit 946 Mill. Einwohnern. Auch in Hinsicht auf die Nebendienste des Vereins, den Weltbrief-, Postanweisungs-, Postpaket-, Postaustragsdienst vollzieht sich eine fortgeschreitende Ausdehnung der betreffenden engeren Verbände. Ganz neu ist die Herstellung eines Vertrages für den einheitlichen Betrieb des Postleitungsweises, welchem bereits Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Bulgarien, Columbiens, Dänemark, Ägypten, Liberia, Luxemburg, Norwegen, Persien, Portugal, Rumänien, Schweden, die Schweiz, die Türkei und Uruguay beigetreten sind. Verbindlich ist die Einführung von Postkarten mit Rückantwort für alle Vertragsländer gemacht worden, außerdem die Bestimmung befestigt, dass unfrankierte Postkarten nicht befördert werden dürfen. 47 Staaten von den 52 Staaten der Erde sind jetzt Mitglieder des Vereins. Die unentgeltliche Beförderung des Transits ist auch heute noch nicht durchzusehen gelungen. Zum Schluss giebt der Staatssekretär eine vergleichende Uebersicht über den Postverkehr Deutschlands mit dem Auslande in den Jahren 1875 und 1890, woraus sich ergibt, dass der Briefverkehr von 86 auf 330 Mill. angewachsen ist, während der gesamme Briefverkehr aller Länder unter einander 925 Mill. im Jahre 1875, 2757 Mill. im Jahre 1889 betrug. Der Weltpostverein hat die Grenzen der Staaten, wie der Welttheile auf diesem Gebiete entfernt, und hat den großen Gedanken der völligen Verkehrs freiheit erreicht, von der ich mit einem Anklage an ein bekanntes Wort sagen möchte: Nehmt uns alle Freiheit, aber loßt uns die Verkehrs freiheit; sie wird alle anderen wieder zurückbringen! (Lebhafte Beifall.)

Abg. Buhl (nat.-lib.) dankt dem Staatssekretär unter lebhafte Zustimmung des Hauses für seine erfolgreichen Bemühungen.

Darauf wird ohne Debatte der Weltpostvertrag in 1. und 2. Lesung genehmigt.

Die zweite Beratung des Etats wird mit dem der Reichs-Justizverwaltung fortgesetzt.

Dazu liegt ein Antrag der freisinnigen Abg. v. Bar u. Gen. vor: „Die verbündeten Regierungen zur Vorlegung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Auslieferung von verurtheilten und angeklagten Personen an auswärtige Regierungen, aufzufordern, in welchem: 1. die Auslieferung, in Ansehung sowohl der Billigung der einzelnen Auslieferungen wie der Abschließung von Auslieferungsverträgen, der ausschließlichen Zuständigkeit des Reiches überwiesen, 2. die Billigung der einzelnen Auslieferungen von der Mitwirkung der Gerichtshöfe abhängig gemacht wird, und 3. die Regierungen verpflichtet werden, die Aufhebung der von ihnen mit auswärtigen Regierungen

abgeschlossenen, besonderen Auslieferungsverträge herbeizuführen, unbeschadet jedoch derjenigen etwa bestehenden Verträge und vertragsgemäßen Bestimmungen, welche die Rechtshilfe in Grenzbezirken bestmöglich der Zoll-, Forst- und Jagdsfreiheit betreffen.“

Abg. Schröder (freis.): Bei dieser Frage muss man sich doch nicht von finanziellem Standpunkte, sondern von dem der Moral leiten lassen. Aus Gründen der Sittlichkeit muss man aber gegen eine Vermehrung der Lotterielose stimmen.

Abg. Lieber (Centr.): Man kann nicht jedes Spiel als unstiftlich bezeichnen. Unter den Vorsichtsmäzen, welche die Staatslotterieverwaltung anwendet, um die Spielleidenschaft einzudämmen, namentlich nach Erlass des vorjährigen Gesetzes, kann man der Lotterieverwaltung das Recht nicht entziehen, durch Vermehrung der Lotte ihre Wirkung voll auszüüten.

Finanzminister Miguel: Man kann das Bedürfnis nach einer Vermehrung der Lotte noch nicht übersehen, weil erst Erfahrungen über die Wirkung des vorjährigen Gesetzes zu machen sind. Die Initiative zu einer Vermehrung muss man der Regierung überlassen. Der radikale ethische Standpunkt führt überhaupt zum Verbot jeder Lotterie. Da ein solcher Zustand nicht durchführbar ist, so wird eine angemessene Verhinderung der Lotte notwendig sein. Wir werden darüber aber im nächsten Jahre uns unterhalten können.

Der Staat wird darauf bewilligt; ebenso debattetlos die Staats der Seehandlung und Münzverwaltung.

Staatschuldenverwaltung, der allgemeinen Finanzverwaltung, des Staatsministeriums.

Bei dem Etat der Generalordnungscommission empfiehlt Abg. v. Meyer-Arnswalde (wildconf.) eine häufigere Decoration der Schulen.

Bei dem Etat des Ministeriums des Innern wünscht Abg. v. Garlinski (P.) eine Ausdehnung der Zulassung der juristischen Person für seine Ausführungen.

Der Widerstand gegen den ersten Entwurf ist nicht allein von juristischer Seite ausgegangen, sondern von Handelskammern und anderen Corporationen und Verbänden, und eine Folge davon ist eine Reihe von Vorschlägen und Änderungen, bereits 6 volle Bände;

und die Reihe der Vorschläge ist noch lange nicht zu Ende.

Schrift und Sprache ist jedesfalls auch für Nichtjuristen verständlicher als im ersten Entwurf, und der Begriff der juristischen Person ist ein verständlicherer geworden.

Abg. Cuny (nat.-lib.), ebenfalls Mitglied der Commission, widerspricht dem Rathe Schröders den Rahmen für die Thätigkeit der zweiten Commission enger zu ziehen.

Der Titel wird bewilligt.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

* Berlin, 4. Februar. Den hiesigen Stadtverordneten ist das nachfolgende allerhöchste Dankschreiben zugegangen:

Die Stadtverordneten meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin, sowie den Hinscheiden mehrerer edler Glieder mir naherwandter Fürstenhäuser bei der diesjährigen Feier meines Geburtstages entgegengenommen war mir höchst freudig. Dem Magistrat spreche ich für diese in treuer Erinnerung dargebrachte Aufmerksamkeit von Herz aus meinen dank aus.

Berlin, den 3. Februar 1892. Wilhelm R.

Das Antwortschreiben des Kaisers an den Magistrat lautet:

Die Glückwünsche des Magistrats meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin, sowie den Hinscheiden mehrerer edler Glieder mir naherwandter Fürstenhäuser bei der diesjährigen Feier meines Geburtstages entgegengenommen war mir höchst freudig. Dem Magistrat spreche ich für diese in treuer Erinnerung dargebrachte Aufmerksamkeit von Herz aus meinen dank aus.

Berlin, den 3. Februar 1892.

* [Der Erlaß des Kaisers gegen Soldatenmisshandlungen], den, wie gemeldet, die Nord. Allg. Zeitg. in Erinnerung bringt, hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe aus den mir von den commandirenden Generälen eingereichten Nachweisungen über die Bestrafungen wegen Misshandlung Untergeben ersehen, dass die Bestrafungen der Ordre vom 1. Februar 1893 noch nicht durchweg in dem Geiste aufgefasst und gehandhabt werden, in dem sie gegeben worden sind. In meiner Armee soll jedem Soldaten eine gesetzliche, gerechte und würdige Behandlung zu Theil werden, weil eine solche die wesentlichste Grundlage bildet, um in demselben Dienstreue und Hingabe an den Beruf, Liebe und Vertrauen zu den Vorgesetzten zu wenden und zu fördern. Treten Fälle von fortgesetzten systematischen Misshandlungen Untergebener hervor, so haben mir die commandirenden Generäle bei Einsicht der Nachweisungen zu berichten, welchen Vorgesetzten die Verantwortung mangelfächer Beaufsichtigung trifft und was ihrerseits gegen denselben veranlaßt worden ist. Sie haben hiernach das Erforderliche zu veranlassen und den commandirenden Generälen auch die Bemerkungen, zu welchen mir die letzten Nachweisungen Anlass gegeben haben, zugehen zu lassen.“

Berlin, den 6. Februar 1890. Wilhelm R.

(gez.) Wilhelm R. Das Antwortschreiben des Kaisers an den Magistrat lautet:

Die Glückwünsche des Magistrats meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin, sowie den Hinscheiden mehrerer edler Glieder mir naherwandter Fürstenhäuser bei der diesjährigen Feier meines Geburtstages entgegengenommen war mir höchst freudig. Dem Magistrat spreche ich für diese in treuer Erinnerung dargebrachte Aufmerksamkeit von Herz aus meinen dank aus.

Berlin, den 3. Februar 1892.

* [Der Erlaß des Kaisers gegen Soldatenmisshandlungen], den, wie gemeldet, die Nord. Allg. Zeitg. in Erinnerung bringt, hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe aus den mir von den commandirenden Generälen eingereichten Nachweisungen über die Bestrafungen wegen Misshandlung Untergeben ersehen, dass die Bestrafungen der Ordre vom 1. Februar 1893 noch nicht durchweg in dem Geiste aufgefasst und gehandhabt werden, in dem sie gegeben worden sind. In meiner Armee soll jedem Soldaten eine gesetzliche, gerechte und würdige Behandlung zu Theil werden, weil eine solche die wesentlichste Grundlage bildet, um in demselben Dienstreue und Hingabe an den Beruf, Liebe und Vertrauen zu den Vorgesetzten zu wenden und zu fördern. Treten Fälle von fortgesetzten systematischen Misshandlungen Untergebener hervor, so haben mir die commandirenden Generäle bei Einsicht der Nachweisungen zu berichten, welchen Vorgesetzten die Verantwortung mangelfächer Beaufsichtigung trifft und was ihrerseits gegen denselben veranlaßt worden ist. Sie haben hiernach das Erforderliche zu veranlassen und den commandirenden Generälen auch die Bemerkungen, zu welchen mir die letzten Nachweisungen Anlass gegeben haben, zugehen zu lassen.“

Berlin, den 6. Februar 1890. Wilhelm R.

An den Kriegsminister.

Berlin, 4. Februar. Die letzten Nachrichten über das Bestinden des italienischen Botschafters Grafen Launay lauten sehr ernst. Der Botschafter hatte eine recht schlechte Nacht und das Fieber ist noch gestiegen; die Ärzte und die Umgebung haben wenig Hoffnung.

* [Die Verhandlung gegen den Abgeordneten Grafen Limburg-Girum.] Die Verhandlung vor dem Disciplinarhof gegen den preußischen Gesandten v. D. Grafen zu Limburg-Girum wegen des in der „Kreuzig.“ 1. 3. veröffentlichten Artikels gegen die Handelsverträge findet der Kreuzig. folge, am 6. Februar statt.

Das klingt wie eine Reminiszenz aus alter Zeit.

* [In der Budgetcommission des Reichstags] wurden bei der Beratung des Extraordinariums des Militäretats ferner die ersten Raten für Kasernenbauten in Kolberg und Glogau genehmigt. Ebenso zur Beschaffung von Kriegs-Brückenmaterial 400 000 Mk. und 132 000 Mk. für einen Neubau in Posen, sowie 150 000 Mk. für einen Neubau in Graudenz zur Unterbringung einer Reserve an Brückenelementen. Abgelehnt wurden ferner für Köln geforderte 7 189 380 Mk. Vor Eintritt in die Beratungen wurde den Mitgliedern der Commission ein Zelt vorgeführt, wie solche jetzt im ganzen Heere eingeführt werden sollen. Dasselbe wurde zusammengeföhrt und fand als sehr praktisch vielen Beifall. Die zwei Haupttheile des Zeltes lassen sich zugleich als Regenmantel für Wachtposten und dergl. verwenden. Das Gewicht, welches der einzelne Mann mit dem von ihm zu tragenden Lagertheile auf sich nehmen muss, beträgt 1600 Gramm im trockenen Zustande und erhöht sich in nasser Zustande auf ca. 2000 Gramm.

L. [Die österreichischen Vereinsthaler.] Die Commission des Reichstags nahm heute den Gesetzentwurf betr. die Aufsercurseitung der in Dösterreich bis Ende 1891 geprägten Vereinsthaler einstimmig an. In der Discussion hielten es die Abg. v. Freye und v. Schalsha für angezeigt, Vorbehalte bezüglich der Aufsercurseitung der deutschen Silberthalera zu machen.

* [Zur Beurtheilung der neuen Anleihe] wird in Berliner Blättern darauf aufmerksam gemacht,

dass die ersten dreiprozentigen Anleihen am

9. Oktober 1889 zu 87 Proc. begeben wurden,

die folgenden Anleihen am 20. Februar 1891 zu

84,40, während jetzt der Begebungscurs 83,60

beträgt. Der Börsencurs für die sächsische dreiprozentige Anleihe wurde zuletzt mit 85,40 notiert, der Curs für die Hamburgische mit 83,70. Die englischen Consols, die nur 2½ Proc. Zinsen bringen, haben einen Curs von 95,58, die französische rückzahlbare 3 Proc. Rente wird notirt mit 96,65.

* Aus Bochum wird der „Dörsig.“ telegraphiert: Redakteur Fusang hat vom Ersten Staatsanwalt in Essen die Mitteilung erhalten, dass die Mithilfsschule des Geh. Commerzienraths Baare an den Stempelfälschungen nach den Aussagen der Zeugen als erwiesen erscheine, dass jedoch die betreffenden Fälle verjährt seien und deshalb die Anklage nicht erfolgen könne. — Die heutige „Westf. Volkszeit.“ fährt fort, zu behaupten, dass der Geh. Commerzienrat Baare und die Ingenieure des Bochumer Vereins an den Stempelfälschungen mitbeteiligt seien und veröffentlicht zum Beweise dieser Behauptung die Aussagen eines Zeugen, durch welche Baare und die Ingenieure angeblich schwer belastet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Bereghaz, 4. Februar. Anlässlich der Wahlen hat gestern zwischen dem Obergepan Lónyan und dem bei der Wahl unterlegenen Kandidaten der Unabhängigkeitspartei Luby ein Säbelduell stattgefunden. Lónyan wurde leicht, Luby schwer verletzt.

(W. T.)

Frankreich.

Paris, 4. Februar. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt eine Anzahl freiheitlicher Deputirter bei Wiederbeginn der Kammergesetzungen zu beantragen, dass die Regierung ermächtigt werde, die Zollsätze für Lebensmittel auch unter den Minimaltar herabzusetzen. — In Folge der ungenügenden Hammelfuhr ist der Preis für Hammelfleisch in den Centralhallen seit einigen Tagen um 20 Francs pro 100 Kilogramm gestiegen.

(W. T.)

England.

London, 4. Februar. Nach einer Meldung aus Malta sitzt das englische Panzer Schiff „Victoria“, welches am 29. v. M. in der Nähe von Missolonghi aufgefahren ist, trotz wiederholter Versuche, dasselbe wieder flott zu machen, immer fest, obgleich die Kanonen und 2000 Tonnen schweren Geräts ausgeladen sind.

(W. T.)

3% Deutsche Reichs-Anleihe, 3% consol. Preußische Staats-Anleihe.

Zeichnungen

auf vorstehende Anleihen zum Emissionskurs von 83,80 Prozent, laut den Subscriptions-Bedingungen nehmen wir bis zum 9. d. Mts. kostenfrei entgegen. (7648)

Baum & Liepmann,
Bankgeschäft.

Deutsche Colonialgesellschaft
Abtheilung Danzig.

Sonnabend, den 6. Februar 1892, 5 Uhr Nachmittags, im Apolloaal (Hotel du Nord):

Vortrag

es Afrika-Reisenden Herrn Benrich über Deutsch-Ostafrika veranschaulicht durch Lichtbilder. Für die Schülerinnen und Schüler der höheren Schulen.

Die Lichtbilder, welche zum großen Theil nach unveröffentlichten Photographien angefertigt sind, bestehen sich auf Ostafrika; sie führen in wechselnden Folge alle Rüstenlände, viele Dörfer im Innern, Landschaftliches, bemerkenswerthe Gebäude, Eingeborene, Fauna und Flora. Scenen aus dem Leben der Schuttruppe dem Besucher vor und vermittelten ihm ein anschauliches Gesamtbild unserer ostafrikanischen Colonie. Herr Benrich wird dazu eine Einleitung über die Entwicklung Ostafrikas und Erklärungen zu den einzelnen Bildern.

Die Schulbillets werden den Schulen zugestellt. Soweit der Platz reicht, werden außerdem Billets zu 1 Mark durch die Gauß'sche Buchhandlung (Gemeiner), Langgasse 20 verkauft.

Ausstellung.

Der erste Hauptgewinn
der Silber-Lotterie zu Danzig

zum Besten des Diakonissen-Krankenhauses ist Gr. Gerber-
gasse 2, 1. Etage, täglich von 10—4 Uhr unentgeltlich
zu besichtigen. (7307)

Ausverkauf

zurückgesetzter Waaren.

Fr. Carl Schmidt,

38. Langgasse 38. (7486)

Wäsche-Fabrik. Leinen-Handlung.
Magazin für Braut- und Erstlings-Ausstattungen.
Baby-Bazar.

In dem nur bis März währenden

Ausverkauf

des
Leinen- und Ausstattungs-Geschäfts
von

C. Lehmkühl, Wollwebergasse 13,

ist noch reichlicher Vorrath in
Bettfedern und Daunen,
Bett-Einschüttungen und Bezügen,
Bett-, Stepp- und wollenen Decken,
Tischdecken u. Handtüchern,
eisernen Kinder-Bettstellen ic. ic.
zu wirklich billigen Preisen.

Ein Depositorium, ein Ladentisch, Glaskästen
sind billig zu verkaufen.

Das Masken-Geschäft

von

Frau B. Schultze,

empfiehlt seine reichhaltige Garderobe für Herren
und Damen. Jede Bestellung auf neue Costüme,
wie Quadrillen wird bei billigster Preisstellung
sehr schnell ausgeführt. Nach auswärts über-
nehmen die Lieferung für ganze Bälle. (7639)

Fortschaltung des

Inventur - Ausverkaufs

bei H. Ed. Axt, Langgasse 57/58. (7477)

Concursöffnung.

Über das Vermögen des Guts-
besitzers Heinrich Elten zu Tilsit
ist am 3. Februar 1892, Mittags
12 Uhr, der Concurs eröffnet, löschend.
Verwalter: Rechtsanwalt Trom-
mer.

Öffener Arrest mit Anzeige-
pflicht bis zum 2. April 1892.
Anmeldefrist bis zum 2. April
1892.

Erste Gläubigerversammlung am
2. März 1892, Prüfungstermin
am 27. April 1892. (III 1a/92)

Grosburg Weipr.,
den 3. Februar 1892.
Königliches Amtsgericht.

Das zur Julius Marx'schen Con-
cursmasse gehörige Maaren-
lager, beziehend in Eisen-
Colonial- und anderen Waaren,
abgeschätzt auf 5132 M. 61. Soll
numehr im Wege der öffentlichen
Auction

am Mittwoch, den 17. Febr. cr.,

Mittags 10 Uhr,
im Landshuter Hotel gegen
gleich baar Zahlung meistbietend
verkauft werden.

Bietungslustige haben beim
Termin eine Caution von 500 M.
zu hinterlegen.

Nähere Bedingungen werden
im Termin bekannt gemacht
werden.

Neumark Westpr.,
den 4. Februar 1892.

Louis Ehrenberg,
Concursverwalter.

Loose zur Danziger Silber-Lot-
terie a 1 M.

Loose zur Kölner Dombau-
Lotterie a 3 M.

Loose zur Marienburger Schloß-
bau-Lotterie a 3 M.

Loose zur Freiburger Münster-
bau-Lotterie a 3 M

vorrätig bei

Th. Bertling.

Gelegenheitsgedichte
ernstes sowie heiteren Inhalts
werden angefertigt. Danzig,
Baumgartsche Gasse 34 m.

Olivaer Kloster-Liqueur

aus der Liqueurfabrik

Julius von Götzen, Danzig,

empfehle ich als das Feinste vom Feinen, vorrätig in Flaschen à Mk. 1,50

und Mk. 3,—

Höchster Preis

Chren-
Diplom.

J. M. Kutschke,

Danzig, Zoppot,

Langgasse Nr. 4. Geeststraße Nr. 12.

Delicatessen-, Colonialwaaren-, Süßfrüchte-, Conserver-,
Liqueur- und Wein-Handlung. (5687)

Gesäßg-
Ausstellung

Gilberne
Medaille.

2 Lehrlinge

gegen monatliche Remuneracion
sind für unser Seiden-, Mode-
waren- u. Wäsche-Ausstattungs-
Geschäft, sowie

2 Parterre-Simmer zum Comtoir
(mit Remise), zusammen auch ge-
mietet zu vermieten. (7645)

Gartenbau-Berein.

Gartenbau-Berein.
Montag, 8. Februar cr.,
Abends 7 Uhr

General-Versammlung

im Saale der Naturfor-

schenden Gesellschaft.

Zugesetzung:

1. Vorlegung der Jahres-
rechnungen pro 1891.

2. Wahl der Rektoren.

3. Mitglieder-Aufnahme.

4. Bericht der Güting-
schaft-Commision.

5. Vortrag über „Garten-
anlagen und Baum-
pflanzungen der Städte“
mit Berücksichtigung der
Verhältnisse hiesiger Stadt.

Der Vorstand.

Allgemeiner
Bildungs-Berein.

Montag, den 8. Februar,
Abends 8 Uhr:

Vortrag

von Herrn Dr. Drensing.

„Ueber Wohnungs-
hygiene.“

Damen und Gäste haben Zu-
tritt. (7640)

Don 7½ Uhr an: Kasse und
Aufnahme.

Der Vorstand.

Danziger
Sänger-Berein.

Sonnabend, den 6. Februar cr.,

Humorist-Herrenabend

(Kappenabend).

im Vereinslokal „Wiener-Café“.

Eingeführte Gäste angenehm.

Verein „Frauenwohl“

Dienstag, den 9. Februar 1892,
sonntags Abends 7½ Uhr:

Unterhaltungsabend

im Apolloaal des Hotel du

Nord.

Eintrittskarten gegen Vorzeigen
der Mitgliedskarten a 25 S. für
eingeführte Gäste a 50 S. in der
Musikalienhandlung des Herrn
Biemann.

Der Vorstand.

Gambrinus - Halle,

Ketterhagsergasse 3.

Heute Abend:

Poln. Straż.

a. Michel.

Heute Rinderfleck.

A. Thimm,

7679 1. Damm Nr. 7.

Dienstag, den 23. Februar cr.,

Abends 7½ Uhr

in Friedrich-Wilhelm-Schü-
hahns.

Dilettanten - Vorstellung,

in Gunzen Danziger Armen,

veranstaltet

vom Vorlande des Militär-
Frauen-Vereins.

Nummerierter Sitzplatz 3 M.

(7365)

Der Verkauf der Eintrittskarten
beginnt vom 5. Februar ab in
der Musikalienhandlung von Hermann
Lau, Langgasse 71.

Danziger Stadttheater.

Sonnabend: P. P. B. Bei er-
mächtigten Preisen. Im sieben-
ten Himmel.

Samstag, Nachmittags 4 Uhr:

Bei kleinen Preisen. Der
Hüttenbühner.

Abends 7½ Uhr. P. P. C. Der
Bürgerbaron.

Montag: P. P. D. Die Journa-
listen.

Das

A. Willdorff'sche

Concurslager

Langenmarkt Nr. 30,

im Englischen Haufe,

enthalt noch einen großen Vor-
raum von

Stoffen zu Sommer-
überziehern, Anzügen

und feinen Bein-
kleidern; ferner Reste

zu Knabenanzügen

die zu Spottpreisen in den

Stunden

von 9—1 Uhr Nachmittags

ausverkauft werden.

Die Eisbahn

an der

Aschbrücke

ist wieder eröffnet.

Am 16. Januar ist im Kurhaus

eine schwarze Eisbahn

gegen einen blauen vertauscht

worden und wird die betreffende

Dame gebeten, denselben bei Frt.

Foche, Doppel, Geestr. 29, abzug.

Druck und Verlag

von A. W. Käsemann in Danzig.

Für mein Tapeten- und
Lepidolgeschäft suche ich
zum 1. April oder früher
einen Lehrling.

W. Manneck.

Gesucht

wird zum 1. März eine Kinder-
gärtnerin 1. Klasse, die schon in
Stellung gegeben, zu 2 Mädchen
von 9 und 5 Jahren.

Adressen mit Zeugnisbchr. u.
7682 in der Exp. d. Zeitung erb.

Für mein Colonialwaaren-
Geschäft suche einen tüchtigen
 erfahrene

Gehilfen